

Diskurs

Diskussionsforum und Newsletter

Herausgegeben von Ulrike Trebesius und Jörn Kruse

Ausgabe D5		13. März 2021
D5-1	Desinformation mit Corona-Zahlen (Jörn Kruse)	2
D5-2	Therapeutische Totalitarismus-Übungen (Ulrike Trebesius)	4
D5-3	Korrektes Verhalten im Fußgängerbereich. Die Erfindung der Fairness-Zone (Manfred Westermann)	6
D5-4	Ohne Kunst wird es still (Ulrike Trebesius)	8
D5-5	Die Reform des öffentlichen Rundfunks ist überfällig (Jörn Kruse)	9

Jeder kann „Diskurs“ weiterleiten. Das ist erwünscht. Jeder kann sich auf den Email-Verteiler für die künftigen Ausgaben setzen lassen (**diskurshamburg@gmail.com**).

Die Webseite von DISKURS

<https://diskurs-hamburg.de/>

ist online erreichbar und kann und soll kommentiert werden, bezüglich der Inhalte und der Gestaltung.

D5-1

Desinformation mit Corona-Zahlen

Jörn Kruse

Seit einem Jahr sehen wir in jeder Nachrichtensendung die „Corona-Zahlen des Tages“. Werden wir dadurch schlauer? Hilft uns das für das Überleben der Pandemie? Ich denke, eher nicht. Manchmal habe ich mich schon gefragt, ob die unklaren Begriffsverwendungen und der geringe Informationsgehalt auf Nachlässigkeit, auf zu hohe Kosten für RKI, ZDF und NDR oder auf eine Staatspädagogik zurückzuführen ist, die uns Angst machen soll, damit wir nicht zu leichtsinnig werden und die massiven Grundrechtseinschränkungen durch die Regierungspolitik eher ertragen.

Am Anfang gab es viel Unkenntnis und Unsicherheit als Folge einer neuen Situation, so dass das Robert-Koch-Institut mit seinem Präsidenten, dem Veterinärmediziner Prof. Dr. Lothar Wieler, sicher mit Recht einige Nachsicht erwarten konnte. Aber wie steht es mit seinen damaligen Aussagen in den Pressekonferenzen, dass Mund-Nasen-Masken gegen die Viren (für die Träger? für die Mitbürger?) kaum helfen. Die deutschen Fernsehzuschauer, die Bilder zahlreicher Maskenträger aus asiatischen Städten gesehen haben, dürften sich gewundert haben. Lag der Grund darin, dass die Regierungen nicht genügend Masken geordert hatten und sie deshalb für wenig wirksam erklärt haben? Mangelnde Maskenvorräte könnte ich (weil Politiker generell nicht weitsichtig denken oder gar handeln) eher akzeptieren als ein vorsätzliches Belügen der Bevölkerung. Ist Herr Wieler eigentlich Wissenschaftler oder Regierungssprecher?

Relativ schnell war klar, dass von allen Corona-Infizierten ca 80% ohne nennenswerte Symptome blieben. Nur ca. ein Fünftel erkrankte tatsächlich, einige davon schwer oder lebensbedrohlich. Das bedeutet, dass die Angabe der täglichen Infektionszahlen eigentlich wertlos ist, da man von einem solchen Wert nicht (anders als der Durchschnitt suggeriert) auf die Gefahr von Erkrankungen, schweren Verläufen und Todesfällen hochrechnen kann, solange die Stichproben für die Öffentlichkeit völlig unkontrollierbar sind und sich nach Alter und Gesundheitszustand gravierend unterscheiden können.

Die TV-Nachrichten kannten auch den zeitlichen Verlauf der „Genesenen“. Das klingt so, als seien das vormals Corona-Kranke, die jetzt wieder gesund sind. Aus der Nähe der Kurve zum „Infektionsverlauf“ kann man jedoch schließen, dass nicht die vorher Erkrankten gemeint sein konnten, sondern vermutlich die vorher Infizierten, was ein gravierender Unterschied ist. Hat man bei den „Genesenen“ durch Tests ermittelt, dass sie jetzt nicht mehr infektiös sind?

Es stellte sich schon im Frühjahr 2020 heraus, dass Corona vor allem ein Problem für alte Menschen und Vorerkrankte ist. Da viele von diesen in Alten- und Pflegeheimen leben, wäre es vergleichsweise einfach und billig gewesen, sie vor Infektionen zu schützen. Auch den in Privatwohnungen lebenden Alten, die nicht über die Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn verfügen, hätte man durch soziale Organisationen etliche Wege zum Supermarkt ersparen können. Tübingen hat es vorgemacht. Die Lockdowns mit ihren dramatischen Folgen für die Lebensqualität und die wirtschaftlichen Existenzen von Millionen von Bürgern hätte man dann wahrscheinlich vermeiden können.

Interessiert hätte mich und vermutlich auch viele andere Leute damals, wie hoch bei den durchgeführten Tests jeweils der Anteil der positiven Ergebnisse war. Die Zahlen selbst lagen den Behörden immer exakt vor, wenngleich für weiterreichende Folgerungen die gleichen Stichproben-Unsicherheiten bestehen, wenn primär Leute mit Symptomen getestet werden. Ich habe

von Positivwerten zwischen 0,2% und 10% gelesen, ohne die Stichproben auch nur annähernd beurteilen zu können. In den Nachrichten von ARD und ZDF und anderen Massenmedien habe ich solche Werte nie erfahren. Waren sie so niedrig, dass die Bevölkerung sich womöglich in Sicherheit wiegt?

Die entscheidende Frage ist, wie groß die Zahl der Mitbürger ist, die nicht getestet, aber dennoch infektiös sind. Diese wissen das in der Regel selbst nicht, so dass die Gefahr groß ist, dass sie nichtsahnend andere anstecken. Das kann man zwar nicht direkt messen, eventuell aber durch Testen repräsentativer Stichproben abschätzen. Von denen, die das von sich wissen oder durch Kenntnis von Kontakten vermuten könnten und dennoch nicht in häusliche Quarantäne gehen, sondern ins Fitness-Studio oder zu großen Hochzeiten, will ich lieber gar nicht reden.

Klar ist, dass die Zahl der festgestellten Infektionen umso größer ist, je mehr Tests durchgeführt werden. Das heisst, die Inzidenz, also die Zahl der festgestellten Infektionen in 7 Tagen pro 100.000 Einwohner, steigt, ohne dass sich an der realen Pandemielage irgendetwas geändert hätte. Das galt von Anfang an und gilt vor allem heute wieder, da durch Schnelltests die Zahl der Getesteten stark zunimmt. Letzteres ist uneingeschränkt positiv zu beurteilen. Allerdings muss der daraus resultierende Inzidenzwert anders bewertet werden als zur Zeit weniger Tests.

Wenn man für eine bestimmte Maßnahme einen Wert von 50 definiert, muß dieser natürlich testungsabhängig interpretiert werden. Vielleicht ist ein solcher epidemiologisch weniger problematisch als ein Wert von 30 bei geringerer Test-Intensität. Ebenso gilt: Je mehr Alte bereits geimpft worden sind, desto weniger rechtfertigt eine solche Inzidenz noch die gleichen Shutdown-Maßnahmen, die vorher beim gleichen Wert für nötig gehalten wurden.

Die Festsetzung der Inzidenz als Maß für die Gefahrenlage, die wir nicht nur jeden Tag in den TV-Nachrichten übermittelt bekommen, sondern die auch weitreichende Eingriffe in die Freiheit und die wirtschaftliche Lage von Millionen von Menschen begründen soll, hat schon vom Ansatz her gravierende methodische Mängel. Es ist kein medizinisch objektiv begründbarer Wert, sondern eine ziemlich willkürliche politische Setzung.

Ein Wert z.B. von 50 wurde ursprünglich mit der Aussage begründet, dass die Gesundheitsämter einer Region mehr als 50 wöchentliche Infektionsfälle pro 100.000 Einwohner nicht nachverfolgen könnten, ihre diesbezüglichen Kapazitäten also nicht ausreichen. Dies ist ganz offensichtlich in den verschiedenen Regionen und Gesundheitsämtern sehr unterschiedlich, so dass ein Pauschalwert für ganz Deutschland und für ganze Flächenländer, der städtische und ländliche Gebiete sowie Grenzregionen einschließt, apriori untauglich ist. Aber für alle gilt, dass die Nachverfolgungskapazität deutlich gesteigert werden könnte, wenn man zusätzliche Studenten, Soldaten oder andere Personen mit dieser Aufgabe betrauen würde. Am Geld kann es nicht liegen, denn selbst bei hohen Stundenlöhnen wäre der materielle Nutzen immer noch weit höher als die Kosten je sein könnten. Oder ist wieder einmal die deutsche Bürokratie und Politik im Weg? Oder die mangelnde Digitalisierung? Oder inkompatible Software?

Nach einiger Zeit sind die medialen Meldungen der 7-Tage-Hunderttausender-Inzidenz implizit von ihrer vormaligen Bedeutung gelöst worden und zu einem schlichten Politik-Maß für die Strenge (oder den autoritären Charakter) der Regierung geworden. Dies ist besonders unverständlich, wenn die Regierung das Zielmaß beliebig von 100 auf 50 auf 35 verschieben kann. Viele Bürger sind der Meinung „Kurz bevor wir 35 erreichen, setzt Merkel die Meßlatte auf 20“.

Die Herabsetzung ist besonders befremdlich, da es zu einer Zeit erfolgte, als durch die Impfungen der vulnerablen Gruppen, also insbesondere der Alten, diese bereits überwiegend immun waren. Damit ändert sich die quantitative Relation von Infektionsfällen, die gemessen werden, zu den schweren Erkrankungen, auf die es letztlich ankommt, dramatisch.

Der wichtigste Punkt: Die Nachverfolgung macht man ja deshalb, um die Kontaktpersonen jedes Infizierten testen und gegebenenfalls zur Quarantäne auffordern zu können, um Sekundär-Infektionen zu verhindern oder mindestens zu reduzieren. Je besser dies gelingt, desto weniger Infektionen müssen später nachverfolgt werden, so dass die Nachverfolgungs-Teams dann eine größere Erfassungsrate haben. Dies ist vor allem eine Frage der Geschwindigkeit. Je schneller die Kontaktpersonen identifiziert werden, desto weniger Sekundär-Infektionen werden stattfinden.

Diesbezüglich ist selbst eine gute telefonische Nachverfolgung allenfalls eine zweitbeste Lösung. Digitale Verfahren werden immer die schnelleren und besseren Möglichkeiten bieten. Der selbsterklärte Hightech-Staat Deutschland hat umständlich lange gebraucht, bis eine Corona-Warn-App verfügbar war. Dennoch ist es wegen der deutschen Datenschutzhysterie nur eine sehr teure Lachnummer geworden.

In letzter Zeit sind mehrere Nachverfolgungs-Apps (z.B. Luca) von kleinen Firmen programmiert worden, die auf die Praxis-Einführung warten, weil dazu der Staat (Gesundheitsämter) erforderlich ist. Warum waren diese nicht schon im letzten Sommer im Einsatz? Wenn man materielle Anreize gegeben hätte, wären die schon damals programmiert worden. Ohne den deutschen Datenschutz-Absolutismus hätten wir vermutlich noch weit bessere Tools zur Verfügung. Aber Datenschutz ist in Deutschland offenbar wichtiger als die Grundrechte der Verfassung und Millionen wirtschaftlicher Existenzen.

D5-2

Therapeutische Totalitarismus-Übungen

Ulrike Trebesius

Im Sommer letzten Jahres verließ die Kolumnistin Bari Weiss die renommierte New York Times. In einem offenen Brief erhob Weiss schwere Anschuldigungen gegen die Redaktionsstuben der ehemals liberalen Tageszeitung. Es herrsche so etwas wie linker Gesinnungsterror, sie sei diffamiert und als Nazi beschimpft worden.

Weiss stellt fest: „Der amerikanische Liberalismus wird bedroht. Es gibt eine neue Ideologie, die darum kämpft, ihn zu ersetzen. Bisher hat niemand einen Namen für diese Kraft. Manche nennen es `soziale Gerechtigkeit`. Der konservative Autor Rod Dreher hat sie als ´therapeutischen Totalitarismus` bezeichnet. Der Essayist Wesley Yang nennt sie die Nachfolge-Ideologie des Liberalismus. Irgendwann wird diese Ideologie einen offiziellen Namen haben; einen, der diese Mischung aus Postmodernismus, Postkolonialismus, Identitätspolitik, Neomarxismus, kritischer Rassentheorie, Intersektionalität und Therapiementalität hinlänglich beschreibt.“

Diese Begriffe werden zunehmend auch in Deutschland verwendet und sorgen auch hier für politische Verwerfungen. So ist das Gendern mittlerweile in den Öffentlich-Rechtlichen Sendern zum Standard erhoben worden. Fast alle Moderator:innen haben die kleine Sprechpause übernommen, auf meine Nachfrage beim DLF übrigens auf einen Beschluß der Chefredaktion. Kritiker des Genderns werden schnell mit dem üblichen Reflex in die davor mittlerweile vorgesehene Ecke gestellt und damit aus dem öffentlichen DISKURS genommen. Die TAZ fragt: „Wovor fürchten sich die Verteidiger:innen des generischen Maskulinums eigentlich?“

Diese Frage stellt sich jetzt vielleicht auch Wolfgang Thierse, der bislang als unverdächtig galt und sich nun mitten in einem Streit mit der Parteiführung seiner SPD wiederfindet. Zurecht sagt Thierse: „Die Absolutsetzung des eigenen Betroffenseins, die Vorstellung, ich empfinde mich als Opfer, also habe ich recht, ist mörderisch für eine demokratische Gesprächskultur. Denn es gibt ja andere Betroffenheiten und da könnten andere sagen: Ich bin auch Opfer, ich meine das genaue Gegenteil.“

Genau aus diesem Grunde wird es immer heikler, im öffentlichen Raum zu kommunizieren. Man ist umgeben von den jeweiligen Opfern, Opferverbänden und Minderheitenvertretern, die jede kleine sprachliche Ungenauigkeit und jede differenzierte Auseinandersetzung oder gar abweichende Meinung Anden. So folgt der gesellschaftlichen Zensur von außen die Selbstzensur.

Schriftsteller wie Monika Maron, die nach fast 40 Jahren vom Fischer-Verlag rausgeschmissen wurde für die Kritik, für die die ehemalige DDR-Autorin ursprünglich einmal genau dort verlegen durfte. Man habe Maron ausrichten lassen, sie sei politisch zu unberechenbar, passe nicht mehr in die Zeit und sei damit ein Risiko für den Verlag. Hubertus Knabe, Thilo Sarrazin, Norbert Bolz, Hans-Georg Maaßen sind nur die bekannten Namen, die der Ausgrenzung schon längst zum Opfer gefallen sind.

Der WDR überprüft rückwirkend 10 Jahre alte Karnevalssendungen auf „Blackfacing“, die Säuberungen bei Kinderbüchern von Astrid Lindgren oder Otfried Preußler laufen hingegen schon länger.

Der Blog „Achgut.com“ begann vor einigen Monaten mit der Rubrik: „Ausgestossener des Monats“ und ist mittlerweile zu den „Ausgestossenen der Woche“ übergegangen. Die Liste wird jedesmal länger.

https://www.achgut.com/artikel/jetzt_immer_freitags_die_ausgestossenen_der_woche

So ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Ecke derer, die irgendwann mal irgendwie gegen irgendeine unausgesprochene Regel verstoßen haben größer ist als die derer, die den moralischen Daumen nach oben oder nach unten senken, weil sie die Hoheit über die Meinungs- und Deutungshoheit an sich gerissen haben.

Julian Reichelt, bislang noch Chef-Redakteur der BILD-Zeitung, ist vielleicht der Nächste, der in die Ecke muss. Nach einer harten Kritik an den Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der Coron-Bekämpfung sieht er sich plötzlich mit Vorwürfen konfrontiert, er habe gegen die hauseigenen Compliance-Verfahren verstoßen. Ob es zwischen der Kritik und den Vorwürfen mehr als nur einen zeitlichen Zusammenhang gibt, möge jeder für sich selbst entscheiden.

Der frühere Fokus-Journalist Boris Reitschuster hat auf seinem Blog reitschuster.de eine INSA-Umfrage veröffentlicht, die er in Auftrag gegeben hat. Mehr als 2000 Menschen wurden telefonisch gebeten, sich zu folgender These zu äußern: „Ich befürchte negative Konsequenzen, wenn ich meine Meinung zu bestimmten Themen frei äußere.“

Immerhin 35 % der Befragten stimmten dieser Aussage zu, was bedeutet, dass ca. 1/3 der Menschen unserer Gesellschaft ihre Meinung nicht mehr frei und offen und ohne Angst nach außen vertritt. <https://reitschuster.de/post/meinungsfreiheit-ja-aber-mit-konsequenzen/>

Die amerikanischen Verhältnisse finden ihren Weg immer schneller nach Europa. Doch gibt es auch Hoffnung. Bari Weiss schreibt in Deutschland mittlerweile für „Die Welt“ und in den USA auf „Substack“. Und die Blogs „Achgut“ und „reitschuster.de“ eilen von einem Leserekord zum nächsten. Denn immer mehr Menschen wollen lesen was ist und nicht, was sich eine kleine Elite wünscht.

D5-3

Korrektes Verhalten im Fußgängerbereich

Die Erfindung der Fairness-Zone

Manfred Westermann

Seit es Menschen gibt, ereignen sich regelmäßig Begegnungen von Vertretern dieser Spezies untereinander. Überwiegend konfliktfrei. Über viele Jahrtausende hinweg hat der homo sapiens versucht, seinem klangvollen Namen wirklich gerecht zu werden. Er war dem Ziel schon sehr nahe als ihm die Zivilisation dazwischenkam. Zunächst als Faustrecht der Prärie verharmlost, wurde die Aggressivität gegenüber seinesgleichen sukzessive zu einem Kulturgut weiterentwickelt. Begriffe wie Rücksichtnahme, Höflichkeit oder Bescheidenheit wurden zunehmend nicht mehr verstanden und sind mittlerweile aus dem Sprachgebrauch und damit aus dem Bewußtsein des homo nicht-mehr-ganz-so-sapiens verschwunden.

Der alltägliche Kleinkrieg

Um den Betrieb einigermaßen unfallfrei aufrecht zu erhalten, sieht man sich von behördlicher Seite gezwungen, praktische Tips auszugeben. Vermittels mühsamer Denkarbeit in den Amtsstuben wurden neuartige Verhaltensweisen entwickelt und dem hilflosen Bürger wärmstens empfohlen. Beispielsweise wie man es vermeiden kann als Radfahrer mit Fußgängern zu kollidieren. Oder auch umgekehrt, je nach spezifischem Körperbau und individueller Risikobereitschaft. Eine spontane Lösung dieses oft überraschend eintretenden Konfliktfalles ist dem neuzeitlichen Normalmenschen nicht mehr abzuverlangen. Er wütet blindlings drauflos.

Um den U-Bahnhof Hoheluftbrücke herum kreuzen sich trotz ausgeklügelter Planung mehrfach Rad- und Fußwege. An sich ein überschaubares Gefahrenpotential. Man hoffte, der Mensch würde einfach mal aufpassen, notfalls auch Rücksicht nehmen, wenn sein Charakter dies zuläßt. Oder er würde doch wenigstens den Verzicht auf eine konstante Geh- oder Fahrgeschwindigkeit gegenüber einer blutigen Karambolage vorziehen. Es mißlang. Und wenn man seinen Gegenpart schon nicht rammen kann, weil er im letzten Augenblick doch noch entwischt ist, dann will man zumindest verbal gegen ihn in den Krieg ziehen. Wo kommen wir denn hin, wenn man jedem Hanswurst den Vortritt lassen soll? So nicht, Herrschaften! Nicht mit uns!

Staatliche Hilfe wird angedroht

Auf der Internet-Präsentation der Stadt Hamburg wird nun mitgeteilt, daß anlässlich des EU-Projektes GreenSAM (Green Silver Age Mobility) vom 19. Februar bis 9. März 2021 im Rahmen einer Masterarbeit (!) ein Verkehrsversuch durchgeführt wird. Als Untersuchungsgebiete wurden drei Bereiche des Isebek-Grünzugs sowie die Umgebung der U-Bahnstation Hoheluftbrücke ausgewählt. Hier werden mit Bodenmarkierungen sogenannte „Fairness-Zonen“ eingerichtet. Laut amtlicher Verlautbarung soll damit *„den Verkehrsteilnehmern verdeutlicht werden, daß in diesem Bereich aufgrund der beengten Platzverhältnisse besondere gegenseitige Rücksichtnahme geboten ist.“* Ja Teufel auch, wer hätte das gedacht! Das Wort Rücksichtnahme näher zu erläutern, hat man leider vergessen.

Was man vor Ort sieht, sind mehrere auf das Pflaster gespritzte quadratmetergroße Schriftzüge: *Fairness Zone* und ein paar wirre Pfeile. Am ersten Tag noch in leuchtendem Gelb, inzwischen farblich dem Straßenstaub angeglichen. Von alleine wäre ich nie darauf gekommen, was dieser

Unsinn soll, ich habe es nur durch Zufall erfahren. Die Pfeile deuten die vorgegebene Laufrichtung der Fußgänger und Radfahrer an, einschließlich einer Symbolik, nach der man links oder rechts abbiegen kann. Wie haben wir das früher nur ohne fremde Hilfe geschafft? Kein Mensch achtet auf diese Bodengemälde, man nimmt sie gelassen hin wie das ubiquitäre Fassadengeschmier.

An den bewußten Stellen komme ich täglich zwei-, dreimal vorbei und kann bisher noch keinen Unterschied im Verhalten der Leute feststellen. Es läßt sich nach wie vor keine besondere Häufung von Rangeleien beobachten, denn schnell gehen oder fahren kann man im Bahnhofsbereich meist ohnehin nicht. Es ist ein anspruchsvoller Slalomparcours um dutzende abgestellte Fahrräder und Elektroroller herum, behindert von einigen Jugendlichen, die für Umweltverbände betteln, und abwechslungsreich gestaltet durch die stets in Mannschaftsstärke anwesende Gruppe nicht seßhafter Würdenträger. Der gesamte Parcours läßt kein forciertes Tempo zu.

Wie immer nur halbherzige Lösungen

Man kann das Ganze als originellen Erziehungsversuch für Erwachsene abtun. „GreenSAM“ fördert nämlich insbesondere Maßnahmen zur Verhaltensänderung älterer Menschen, also die typische Rambo-Generation. Man kann auch die entstehenden Kosten als geringfügig einstufen und innerlich gelassen bleiben. Aber vom *Fachamt Management des öffentlichen Raumes* werden bereits zwei weitere Eskalationsstufen zur Erprobung angekündigt: Noch mehr Piktogramme und „die Trennung von Fuß- und Radverkehr durch zusätzliche Absperrelemente.“ Ich denke, bei der Gelegenheit könnte man auch die Fuß- und Radwege wieder einmal beherzt aufreißen und wie üblich knapp daneben neu einrichten. Wie wär's diesmal mit überhöhten Kurven? Das bringt Laune.

Auf der Hamburger Internet-Seite heißt es unter der Rubrik Verkehrsversuche wörtlich: „*Sollten die erprobten Lösungen zu einer wesentlichen Reduktion der Konflikte beitragen, werden die Gestaltungselemente auf Basis der Ergebnisse weiter ausgearbeitet. Ziel ist es, diese Elemente in künftigen Planungen zu berücksichtigen, wenn aufgrund beengter Platzverhältnisse die einzelnen Verkehrsteilnehmer nicht ausreichend und konfliktfrei voneinander getrennt werden können.*“ Da sage noch einer: Die tun nichts! Aber warum so halbherzig? Ich schlage die große Lösung vor: Eine Brückenkonstruktion. Die Hamburger Entflechtungsbrücke als Markenzeichen der Stadt. Selbstverständlich CO₂-neutral und nachhaltig teuer. Ideen, Leute, Ideen sind gefragt!

Das Problem liegt woanders

Der Mangel an Rücksichtnahme ist zweifellos ein Problem unserer Gesellschaft. Aber ob man mit Piktogrammen und Absperrelementen Abhilfe schafft, sei dahingestellt. Ich sehe das Verhalten eher als eine Folge mangelnder Erziehung an. Nicht nur im Elternhaus und in der Schule, gerade die öffentliche Erziehung der Erwachsenen untereinander, das gelegentliche Hinweisen auf Fehlverhalten, selbstverständlich in angemessenem Ton, fällt inzwischen fast völlig aus. Ich kann mich an Zeiten erinnern, als so etwas noch funktionierte. Inzwischen fürchtet man sich vor gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im Ergebnis kann der Rüpel tun und lassen was er will, ihm wird die Rüpelei zum Gewohnheitsrecht. Ein langsamer Prozeß, der durch Verbote nicht mehr zu stoppen ist. Vernünftigen Menschen muß man nichts verbieten, bei den anderen hilft es nicht.

Ein Tip zum Spaß haben: Bitten sie einen Radfahrer, der sie gerade auf einem schmalen Bürgersteig von hintenforsch überholen will, mit freundlichen Worten und Gesten vorbei zu fahren. Seien sie einfach nur höflich, seine Verblüffung wird ihn schier vom Rad werfen.

Auf die Masterarbeit zum Thema bin ich gespannt.

D5-4

Ohne Kunst wird es still

Ulrike Trebesius

Im September 2020 war ich bei einem Konzert in der Elbphilharmonie. Zeitgenössische Klassik. Patricia Kopatchinskaja, eine Konzeptkünstlerin und Geigerin aus Moldavien interpretierte unter anderem Stücke von Giacinto Scelsi. Es war das letzte Konzert, dass ich gehört habe, bevor wir wieder in den Lockdown geschickt wurden. Mir fehlen neben den Konzerten auch die Ausstellungen, die Museen, das Kino. Es fehlt mir, in einem Café zu sitzen und die Leute beim Flanieren zu beobachten. Mir fehlen die Restaurants und Bars und Clubs. Schlicht das soziale Leben. Sitzen, schauen, plaudern, lästern. Fremden Menschen beim Existieren zusehen.

Die Corona-Gesellschaft beschränkt sich darauf zu überleben und hat das Leben selbst darüber schlicht eingestellt. Unser Leben findet statt und ist gleichzeitig ausgesetzt. Und ich frage mich, wie unsere Gesellschaft langfristig dadurch geprägt wird. Am einfachsten haben es wohl noch die Schriftsteller. Thea Dorn hat gerade ein Buch veröffentlicht, dass sich mit Corona auseinandersetzt. Es geht um Halt und Würde und „social distancing“ als gewaltigen Motor der Trostlosigkeit. Ich habe Thea Dorn in einem Interview im DLF gehört und ihre Ansichten haben mich berührt. Denn sie versucht in Worte zu fassen, was die Menschen im Moment erleiden und erleben. Trotzdem möchte ich das Buch nicht lesen. Ich möchte keine virtuelle Ausstellung besuchen, obwohl die Hamburger Kunsthalle gerade eine Max Beckmann-Ausstellung auf diesem Forum anbietet. Auch die live-Mitschnitte aus der Elphi mag ich nicht mehr hören.

Ich möchte dem entfliehen in ein reales Leben, dass echt ist und wahrhaftig und nicht nur ein fake von Emotionen und Wahrnehmungen und Wahrhaftigkeit. Regelmäßig treffe ich einen Freund, mit dem ich sonst einmal im Monat zum Lunch im Delta Bistro verabredet war, um über die kleinen und großen Dinge im Leben zu sprechen. Wir saßen zwischen richtigen und halbseidenen Managern. Wir aßen mit Menschen aus Oberschicht und Bürgertum und Halbwelt Schnitzel und tranken dazu Bier oder Wein. Wir aßen, schmeckten, fühlten. Jetzt laufen wir an der Außenalster, ich habe eine Thermoskanne mit Glühwein, Kaffee oder Tee dabei. Wir picknicken an einer Bank. Seit der Maskenpflicht an der Alster nicht einmal mehr das. Es fühlt sich hohl und schal an. Kürzlich saßen wir an der Elbe, mit einem Eis in der Sonne und redeten über die Spaltung der Gesellschaft. Und was diese Zeit mit den Menschen machen wird. Mit den jungen Menschen, die man um Bildung bringt und um Erfahrung. Mit den Älteren, denen man die Lebensqualität nimmt. Mit uns allen, denen man die Zukunft nimmt und die Hoffnung. Nur Leben, um des Überlebens willen.

Was wird aus den Schauspielern, den Sängern, den Malern, den Komödianten und Kabarettisten, den Bands und Orchestern, den Fotografen. Den Köchen, Baristas und Barkeepern. All jenen, die unser Leben unterhalten, verschönern und würzen. Wo bleiben die Intellektuellen und Philosophen, die den Virologen und Hygienikern endlich klar machen, dass ein Leben ohne Kultur möglich, aber sinnlos ist.

Die Geigerin Kopatchinskaja hatte zu Ihrem Konzert in der Elphi einen Tisch auf der Bühne. Auf diesen schlug sie wild mit Gummi-Hämmern ein und entfachte ein rhythmisches Feuerwerk!

Ich möchte einen solchen Tisch haben oder gleich die ganze Welt, auf die ich mit Hämmern einschlagen kann!

Kunst ist Leben. Es fehlt mir.

D5-5

Die Reform des öffentlichen Rundfunks ist überfällig

Jörn Kruse

1 Einleitung

Es bedurfte offensichtlich eines vermeintlichen politischen Betriebsunfalls in Magdeburg, um die institutionelle Struktur und die immensen Kosten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu einem politischen Thema zu machen und dies (hoffentlich) mit einer Analyse ihrer Wirkungen auf andere Medienmärkte und die gesamte Gesellschaft zu verbinden. Obwohl zahlreiche Probleme seit langem evident sind, hat das egoistische Zusammenspiel der massiven Interessen von Insidern und Politikern, die die Nutznießer des Statusquo sind, über Jahrzehnte jede Reform verhindert -- zum Nachteil des Publikums, der medialen Konkurrenten und anderer Akteure. Sonst wäre das wohl noch etliche Zeit so weitergegangen, was sich schon an den harschen Kommentaren der meisten Parteien in anderen Bundesländern über ihre Kollegen in Sachsen-Anhalt ablesen lässt.

Die CDU-geführte Landesregierung von Sachsen-Anhalt hatte schon seit langem Reformen angemahnt und auch in der Beitragserhöhungsrunde 2020 die anderen Länder über das Fehlen einer Landtagsmehrheit informiert.¹ Dass die Mächtigen in den Anstalten und in den anderen Staatskanzleien dies ignoriert haben statt erste Reformschritte in die Wege zu leiten, um Magdeburger Vorbehalte zu besänftigen, kann man nur als Herrschaftsverhalten interpretieren, das die Bodenhaftung völlig verloren hat. Hochmut kommt vor der Revolution.²

Eine grundsätzliche Neuordnung ist auch beim öffentlichen Rundfunk in Deutschland vonnöten, was aufgrund des staatlichen Charakters der Anstalten problemlos möglich wäre, sofern der politische Wille existierte. Hieran sind aber Zweifel angebracht. Im Folgenden werden der Reformbedarf und einige Reformoptionen in vier Abschnitten erörtert, nämlich die ordnungspolitischen Grundlagen, die Folgen für die anderen Medienunternehmen, die Rolle der Politiker als Teil des Problems und als Teil der Lösung und Vorschläge für die institutionelle Struktur und die Finanzierung des öffentlichen Rundfunks nach einer Reform. Dies macht schon

¹ Eigentlich war die politische Lage im 87-köpfigen Landtag von Sachsen-Anhalt im Jahr 2020 ganz einfach. Die drei größten Fraktionen (30 CDU-Abgeordnete, 21 AfDler, 16 Linke, also 77% aller Sitze) waren eindeutig gegen die Erhöhung des Rundfunkbeitrages, was man als Votum für Reformschritte interpretieren kann. Erst eine parteipolitische Trickserie der Linken nach einem Ausbrechen der quantitativ nachrangigen Fraktionen von SPD (11 Abgeordnete) und Grünen (5) aus dem Koalitionsvertrag mit der CDU von 2016 wurde das Thema auf die Ebene bundespolitischer Aufmerksamkeit gehievt.

² Man mag an Ludwig XVI im Jahr 1789 denken, der in Versaille zusammen mit einer großen Gruppe von Adeligen enorme Summen verprasst hat und dies wohl für normal hielt. Für eine Steuererhöhung brauchte er leider die Zustimmung des dritten Standes, dessen Mitglieder (also die allermeisten Franzosen) die ganze Party bezahlen mussten. Deren Vertreter waren anfangs noch nicht einmal revolutionär oder gar gewalttätig gestimmt. Erst als sie in Versaille die Arroganz der absolutistischen Macht erlebt und sich in Paris zum Generalstand erklärt haben, nahm das Unheil für Ludwig seinen Lauf und war nicht mehr einzufangen. Nach einigen Jahren war politisch in Frankreich kein Stein mehr auf dem anderen.

deutlich, dass eine denkbare Abschaffung von Rundfunkanstalten in diesem Papier nicht als eine gute Idee betrachtet wird.

2 Ordnungspolitik im Rundfunk

Die Bürger in Deutschland verdanken ihren Wohlstand generell der Marktwirtschaft, die auf Wettbewerb und Privateigentum basiert. Jede Ausnahme, das heißt jeder staatliche Eingriff in einzelne Märkte, bedarf der ökonomischen Begründung. Dies gilt auch für den Rundfunk, also Hörfunk und Fernsehen. Letzteres steht hier im Mittelpunkt.

Für die Nichtzulassung von Privateigentum und Wettbewerb und für die alternative Installation eines staatlichen Rundfunksystems und zur Einführung einer steuerähnlichen Finanzierung³ zu Beginn der Bundesrepublik hat sich die Relevanz der Begründungen schon aus technischen und ökonomischen Gründen stark gewandelt, sofern diese jemals hinreichend waren. Davon sind vier erwähnungsbedürftig, nämlich die Kanalknappheit, das Versagen des Ausschlussprinzips, die Meritorik und die publizistische Vielfalt. Einige Begründungen sind inzwischen entfallen, jedoch nicht alle.⁴

Kanalknappheit

Die Knappheit der Distributionswege zu den Zuschauern, die sich allerdings nur auf die terrestrische Übertragung (Antennenfernsehen) bezog, war anfangs wegen begrenzter Frequenzen ein gängiges Argument, das dennoch keine ökonomische Begründung lieferte, privaten, werbefinanzierten Programmen den Markteintritt unmöglich zu machen. Nach dem Aufkommen von Kabelfernsehtetzen, Satellitendistribution und der Nutzbarkeit des Internet über die Telekommunikationsnetze ist das Argument der Kanalknappheit gänzlich obsolet geworden.

Versagen des Ausschlussprinzips

Die Anwendung des Ausschlussprinzips, das in einer Marktwirtschaft normalerweise die Basis jedes Geschäftsmodells darstellt, war für ein Fernsehprogramm im engeren Sinne über lange Zeit nicht gegeben, das heißt auch die Nichtzahler konnten nicht vom Konsum ausgeschlossen werden. Allerdings war es für eine komplementäre Dienstleistung anwendbar, nämlich die Erzeugung von Aufmerksamkeit für Werbebotschaften, für die die Werbetreibenden eine hinreichend hohe Zahlungsbereitschaft hatten und weiterhin haben. Durch eine solche Werbefinanzierung funktionierte das private Fernsehen als Massenmedium seit den 50er Jahren zunehmend in weiten Teilen der Welt, wenngleich die Zuschauer regelmäßige Unterbrechungen durch Werbespots tolerieren mussten. In Deutschland erfolgte dies allerdings erst in den 80er Jahren, da es vorher von den Politikern verhindert wurde, um die öffentlich-rechtlichen Anstalten vor Konkurrenz zu schützen und selbst die Kontrolle zu behalten.

³ Der Rundfunkbeitrag unterscheidet sich von einer normalen Steuer nur durch die Tatsache, dass die Einnahmen nicht in die allgemeinen Kassen des Staates fließen, sondern in die besonderen Budgets der Rundfunkanstalten. In der Anfangszeit, als die Zahlungspflicht der damaligen „Rundfunkgebühr“ an das Bereithalten eines Empfangsgerätes gebunden war, hätte man beim Angebot der Anstalten auch von Pay-TV sprechen können.

⁴ Vgl. [ausführlicher](#).

Spätestens seit der Entstehung des digitalen Fernsehens ist das Ausschlussprinzips für ganze Fernsehprogramme und gegebenenfalls für einzelne Teile davon (z.B. Spielfilme) ubiquitär anwendbar, so dass die normalen Marktmechanismen uneingeschränkt funktionieren würden.

Meritorik

Unter Meritorik werden allgemein Sachverhalte verstanden, bei denen die Ergebnisse einzelwirtschaftlicher Nachfrage- und Angebotsentscheidungen auf der Basis von politischen Präferenzen als korrekturbedürftig angesehen werden.

Zahlreiche Argumente für öffentliche Fernsehprogramme beziehen sich auf die vermuteten Sendeinhalte von Privaten, die nach Meinung des Staates korrigiert und/oder durch zusätzliche Angebote ergänzt werden sollten.⁵ Es kann sich auf unakzeptable Qualitäten und Botschaften, mangelnde Angebote von Sendungen über Politik, Kultur etc beziehen oder auf einseitige Berichterstattungen über diese. Solche Sachverhalte sind insbesondere dann relevant, wenn die Rechtsordnung den privatwirtschaftlichen Erwerb von Anbietern von Fernsehprogrammen auch solchen Personen oder Organisationen ermöglicht, die nicht nur wirtschaftliche Ziele (z.B. Gewinne) anstreben, sondern z.B. die inhaltliche Manipulation der öffentlichen Meinung. Deshalb sind Unternehmensfusionen auf Rundfunkmärkten deutlich kritischer zu sehen als auf Märkten für Käse oder Laptops.

Das Konzept der Meritorik ist in der Ökonomie stark umstritten, weil es notwendigerweise paternalistisch ist. Das heißt, eine kollektive Instanz maßt sich überlegene Einsichten (über die optimale Konsumwahl eines Konsumenten) an, was zwar bei der Kindererziehung und für den Drogenkonsum akzeptabel erscheint, aber nicht gegenüber mündigen Bürgern. Die Beispiele weisen schon darauf hin, dass die Meritorik in diesem Sinne auch die Vermeidung negativer externer Effekte von TV-Konsum auf Jugendliche oder weniger informierte und weniger kritikfähige Bürger umfassen kann, z.B. die Auswirkungen von fake news auf wirtschaftliche oder politische Entscheidungen der Bürger. Derartige Regulierungsziele werden vermutlich von den meisten Bürgern akzeptiert. Wenn die ökonomische Theorie, die präzise Abgrenzungen bevorzugt, mit meritorischen Argumenten ein Problem hat, kann dies auch an der mangelhaften Operationalisierung oder dem Fehlen von Kriterien liegen. Aus solchen Gründen einen großen Bereich von wirtschaftspolitischen Maßnahmen pauschal zu disqualifizieren, erscheint unvernünftig.

Allerdings liefert die Meritorik ihrerseits häufig ein Einfallstor für Eingriffe, die ebenfalls nicht wohlmeinend, sondern durch wirtschaftliche und/oder politische Partialinteressen motiviert sind. Das heißt, die Meritorik ist ebenso anfällig für einen Mißbrauch wie die Ausgangssituation, die den Eingriff begründen sollte. Dies erfordert damit besonders adäquate institutionelle Regeln, und zwar umso stärker, je konzentrierter die Programmebene ist.

Publizistische Vielfalt

Die publizistische Vielfalt ist ein zentrales Ziel der Medienpolitik, wenngleich es ebenfalls nicht präzise definiert ist. Es bezieht sich nicht auf die Elemente einzelner Programme, sondern auf das gesamte TV-Angebot für die Zuschauer und umfasst hier die konsumtive, die meritorische und die institutionelle Vielfalt.

⁵ Additive meritorische Programmangebote beziehen sich auf die zusätzliche Bereitstellung solcher Elemente, die unter kommerziellen Bedingungen in geringerem Maße verfügbar sind, als das politisch erwünscht ist. Derartige Angebote sind normativ grundsätzlich genauso gut oder genauso wenig legitimierbar wie die staatliche Kulturförderung in anderen Bereichen.

Die konsumtive Vielfalt bezieht sich auf die präferenzrelevanten Merkmale bei der Programmwahl der einzelnen Zuschauer, ist also gleichbedeutend mit einer großen Auswahl beim Konsum. Darüber hinaus geht der Begriff der meritorischen Vielfalt, der sich auf Eigenschaften und Wirkungen des Fernsehens auf die (auch politische) Meinungsbildung, Beeinflussung gesellschaftlicher Wertvorstellungen, etc. bezieht. Die meritorische Vielfalt deckt sich partiell mit dem Begriff der Meinungspluralität.

Die institutionelle Vielfalt umfasst die Zahl und die Heterogenität der eigenständigen Programmveranstalter. Dies betrifft die möglichst weitgehende Unabhängigkeit der Entscheidungsträger der einzelnen Programme, das heißt das Fehlen einer hohen Konzentration der Anbieterunternehmen.

Je größer die publizistische Vielfalt ist, desto weniger sind meritorische Regulierungen von einzelnen Programmen zu rechtfertigen. Wenn z.B. je ein TV-Programm eine linke, liberale und konservative Grundausrichtung hat, ist die Forderung politischer Ausgewogenheit an einzelne Programme ebenso obsolet wie bei den Printmedien. Ob ein rein marktwirtschaftliches, privates Rundfunksystem (finanziert durch Werbung und Abonnements) bezüglich der publizistischen Vielfalt schlechter abschneiden würde als das gegenwärtige öffentlich-rechtliche System in Deutschland (Abschnitt 4) kann man zu Recht in Zweifel ziehen.

Ordnungspolitische Begründungen für den öffentlichen Rundfunk

Als grundsätzlich valide Argumente für die Rundfunkanstalten und die damit verbundene Erhebung von steuerähnlichen Rundfunkbeiträgen verbleiben überhaupt nur die Meritorik und die publizistische Vielfalt. Ob der im 21. Jahrhundert real existierende öffentliche Rundfunksektor in Deutschland allerdings diesen Kriterien entspricht, ist eine relevante und notwendige Frage. Werden vielleicht die vermuteten Probleme nur durch andere ersetzt?

3 Folgen für die anderen Medienunternehmen

Da die öffentlichen Rundfunkanstalten anfangs ein staatlich garantiertes Monopol für Hörfunk und Fernsehen hatten, haben ihre Vertreter in der Diskussion um die Zulassung privater Programmveranstalter letztere als profitorientierte Kapitalisten zu qualifizieren versucht, während sie selbst ganz uneigennützig dem Publikum die „guten, wahren und schönen“ Sendungen offeriert haben. Ein solches Unverständnis für marktwirtschaftliche Prozesse und Ergebnisse hat nicht selten auch die Rundfunkurteile des Bundesverfassungsgerichts geprägt. Die medienpolitische Frontstellung gegen die wirtschaftliche Basis der privaten Anbieter ist ein Kennzeichen der Rundfunkanstalten, und ist (auch bei dünner Faktenbasis) bei den Politikern meistens erfolgreich.

Während die staatlichen Rundfunkanstalten die Rundfunkbeiträge bequem wie Steuern vereinnahmen können, müssen die privaten Veranstalter jeden Euro, den sie für Programmeinkäufe, technische Infrastrukturen, Senderechte und Gehälter ausgeben wollen, zunächst auf den wettbewerbsintensiven Werbemärkten erwirtschaften. Ihre Programme, deren Zuschauerattraktivität ihre Erlöse bestimmt, haben zudem den systemimmanenten Nachteil, dass sie den Sende- und Werbefluss regelmäßig mit Werbespots unterbrechen müssen.

Konkurrenz um Fernsehzeit und Printkonsum

Die Anstalten haben im Laufe der Zeit die Zahl ihrer Hörfunk- und Fernsehprogramme (unabhängig von Qualität und Erfordernis) immer weiter erhöht. Während die vielen „dritten Programme“ ursprünglich nur als „regional“ und „inhaltlich anspruchsvoll“ begründet und

konzipiert wurden, sind sie im Laufe der Zeit zu ganz normalen Standardprogrammen verändert worden und sind heute von allen Zuschauern in Deutschland regions-unabhängig konsumierbar. Dies erhöht offensichtlich die Zahl der Konkurrenten der privaten Programme und reduziert deren durchschnittliche Einschaltquoten selbst dann, wenn es sich überwiegend um die Wiederholung von Standardmaterial handelt. Später wurden noch weitere Programme (u.a. 3Sat, EinsPlus, ZDF Neo, Phönix, Arte, Kika) hinzugefügt, die ebenfalls direkte Konsumkonkurrenten für die Privaten sind und deren Erlöse reduzieren. Auch die Angebote der Mediatheken der öffentlichen Programme stellen ebenfalls Substitute dar.

Konkurrenz zu Presseverlagen

Die privatwirtschaftlichen Presseverlage für Zeitungen und Zeitschriften leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur publizistischen Vielfalt und zur Meinungspluralität in der Gesellschaft. Da die Auflagen ihrer Printobjekte rückläufig sind und damit ihr Geschäftsmodell gefährdet ist, sind die Verlage zunehmend auf die Vermarktung ihrer journalistischen Produkte über das Internet angewiesen.

Hier sind die Rundfunkanstalten jedoch ebenfalls tätig. Ihre Internetangebote für Nachrichten etc. sind direkte Substitute und Konkurrenten für die Webseiten der Presseverlage. Da es sich bei der Beitragsfinanzierung quasi um eine Steuer handelt, ist die Quersubventionierung der Webseiten der Anstalten eine wettbewerbswidrige Beihilfe, was die Politiker offenbar bewusst übersehen.

Konkurrenz um Werbe-Budgets

Die privaten Programme stehen nicht nur untereinander in intensivem Wettbewerb um die Budgets der werbetreibenden Wirtschaft, sondern auch mit ARD und ZDF insbesondere zur einschaltquotenstarken Frühabendzeit. Wenn man bedenkt, dass diese Programme bereits durch steuerähnliche Rundfunkbeiträge finanziert werden, sind zusätzliche Werbeeinnahmen, die für die privaten Anbieter die zentrale Erlösquelle sind, von der ihre Existenz abhängt, in einer dualen Rundfunkordnung systemwidrig und wettbewerbsverzerrend. Werbung in öffentlichen Programmen sollte deshalb abgeschafft werden.

Konkurrenz um Programm-Inputs

Ein bedeutsames Feld der Interdependenz zwischen den staatlichen Fernsehanstalten und den privaten Rundfunkunternehmen betrifft die Konkurrenz um Programm-Inputfaktoren. Dies ist insbesondere für solche Faktoren, Programm-Software (z.B. Spielfilme) oder Senderechte (z.B. für Top-Sportveranstaltungen) von großer Bedeutung, die für die Einschaltquoten relevant sind. Dies gilt in erhöhtem Maße für besonders zuschauerattraktive Sendeelemente (Positionalgüter), die eine herausragende Bedeutung für die Einschaltquoten und für die öffentliche Sichtbarkeit eines Programms haben.⁶

Solche Inputfaktoren sind auf kommerziellen Medienmärkten besonders teuer, weil davon hohe Einschaltquoten und entsprechende Werbeerlöse erwartet werden. Hinzu kommt eventuell die zusätzliche Nachfrage der öffentlichen Programme, die die Preise nach oben treibt.⁷ Allerdings lässt sich die Aufwendung von erheblichen Finanzmitteln aus dem Rundfunkbeitrag für derartige Programmelemente keinesfalls rechtfertigen. Die Zuschauerattraktivität der Inhalte sorgt

⁶ Z.B. Fußball-Bundesliga oder -Champions-League, Olympiaden, Meisterschaften in zuschauerattraktiven Sportarten etc., Blockbuster-Spielfilme etc.

⁷ Das ist allein ein Vorteil für die Spielergehälter von Bayern München und Real Madrid, ohne dass das Produkt dadurch qualitativ besser würde.

dafür, dass sie in jedem Fall in einem oder mehreren privaten Programmen (werbefinanzierte oder Pay-TV) angeboten würden. Durch einen Verzicht auf solche Inputs könnte man viele Sendestunden mit meritotischer Qualität finanzieren -- oder die Rundfunkbeiträge senken.

4 Politiker als Teil des Problems und als Teil der Lösung

Bei seiner Gründung gab es das Leitbild, den öffentlichen Rundfunk nicht als staatlichen Rundfunk zu organisieren. Herausgekommen ist dabei eine institutionelle Struktur, bei der die Parteien (direkt und indirekt) praktisch alle Aufsichtsgremien dominieren, so dass man statt von einem Staatsrundfunk von einem „Parteienrundfunk“ sprechen kann, was auch nicht viel staatsferner ist. Die meisten Mitglieder der Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten (auch solche, die von anderen Organisationen benannt werden) gehören zum Interessenkontext bestimmter Parteien.

Gravierende Auswirkungen hat dies vor allem für die Personalentscheidungen bei allen programmatischen Führungspositionen. Diese sind wichtige Einflussweg der Parteien. Jeder Intendant und jeder Fernsehjournalist weiß, mit welchen Programmelementen und inhaltlichen Aussagen er seine Karriere fördern und mit welchen er sie erschweren würde. Die normative Begründung und die Funktionalität der öffentlich-rechtlichen Programme, die eine dominierende Meinungsmacht haben, ist jedoch gefährdet, wenn die Parteien direkt oder indirekt Einfluss auf Personalentscheidungen haben.

Interessen von Insidern und Parteipolitikern

Die politische Ausrichtung in Sendungen, Programmen, Kommentaren etc (bis hin zu Unterhaltungsformaten) wird inzwischen von sehr vielen Beobachtern in der Gesamtheit als einseitig wahrgenommen. Dies ist auch nicht verwunderlich, wenn man weiß, dass die meisten Redakteure und Programmverantwortlichen eine eher grüne und/oder linke Orientierung haben. Viele Bürger kritisieren auch einen erstaunlichen Mangel an Kritikfähigkeit und/oder Kritikwilligkeit an den jeweiligen Regierungen in Bund und Ländern und an der Politischen Klasse insgesamt,⁸ was für ein derartiges Medium ungewöhnlich ist und auch dessen Selbstverständnis widerspricht. Offensichtlich wissen die Kommentatoren, wer in ihren Aufsichtsgremien sitzt, die direkt oder indirekt über die Karrieren entscheiden.

Die Parteipolitiker entscheiden außerdem über die Rundfunkbeiträge und die Werberegeln,⁹ die für die Budgets der Rundfunkanstalten von zentraler Bedeutung sind, und damit auch für die programmatischen Möglichkeiten und die Einkommen der Insider. Andererseits sind die Parteipolitiker ihrerseits von der medialen Darstellung und Kommentierung ihrer Politik abhängig, was insbesondere vor Wahlen von erstrangiger Bedeutung ist. Folglich scheuen sie vor Reformschritten und Budgetkürzungen zurück, was jahrzehntelange Expansionstrategien auf Kosten der Beitragszahler und der anderen Medienunternehmen überhaupt erst möglich gemacht hat.

⁸ Regierungsgenehme Kommentare sind auch dann offensichtlich kein Widerspruch zum Vorherigen, wenn die Kanzlerin einer Partei angehört, die früher einmal konservativ und marktwirtschaftlich orientiert war.

⁹ Der Zusammenhang zwischen den finanzwirksamen Entscheidungen der Politiker und den Programminhalten ist den Rundfunkanstalten sehr wohl bewusst. Die Einschaltquotenorientierung, die statt einer meritotischen Programmpolitik zu beobachten ist, wird von den Rundfunkanstalten selbst damit begründet, dass sinkende Einschaltquoten die Unterstützung der Politiker bei budgetwirksamen Entscheidungen reduzieren würden.

„Magdeburg 2020“ war insofern die Ausnahme, die bekanntlich die Regel bestätigt, bzw. sie überhaupt erst ins Bewusstsein rückt.

Die verschiedenen Programme unterliegen alle im Wesentlichen der gleichen institutionellen Struktur, die von wenigen Parteien dominiert ist, die zum kleinsten gemeinsamen Nenner eines öffentlich-rechtlichen Mainstreams neigen. Insofern überrascht es nicht, dass von einer Pluralität von normativen Bezugspunkten und einer Vielfalt politischer Positionen nicht die Rede sein kann. Statt die Zuschauer über die verschiedenen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Positionen zu informieren und diese zu reflektieren, tragen die öffentlich-rechtlichen Programme eher zur Einengung des Diskursraumes bei. Wenngleich eine konsumtive Vielfalt bei den Programmen durchaus vorhanden ist, gilt dies für die meritorische Vielfalt (Meinungspluralität) nicht -- bzw. nur ansatzweise in Talkshows durch externe Gäste.

Belehrungsfernsehen

Was viele Programme gemeinsam haben, ist eine ausgeprägte Tendenz zur Staatspädagogik. Viele Bürger verstehen ARD und ZDF inzwischen als „Belehrungsfernsehen“. Gegenüber erwachsenen Bürgern, die hinsichtlich ihres Bildungsniveaus den einschlägigen Journalisten zumindest nicht nachstehen, ist das eine arrogante Anmaßung. Die Infantilisierung des Publikums und seine Erziehung zu „richtigem“ Denken und Verhalten gehört nicht zum Programmauftrag. Dies basiert wohl auf der gleichen Überheblichkeit, die auch zu dem Framing-Versuch der Anstalten geführt hat, die Rundfunkbeiträge als „Demokratieabgabe“ zu bezeichnen.

Politiker als Teil der Lösung

Aber die Parteipolitiker sind nicht nur Teil des Problems, sie müssen auch Teil der Lösung sein, da nur die Parlamente die überfälligen Reformen des deutschen Rundfunksystems umsetzen können. Welche das im Einzelnen sein sollen, kann man am besten durch einen breiten gesellschaftlichen Diskurs ermitteln, der durch unabhängige externe Expertisen fachlich unterfüttert wird.

5 Reform der institutionellen Struktur und der Finanzierung des öffentlichen Rundfunks

Bisher weist der öffentliche Rundfunk in Deutschland nach jahrzehntelangen Expansionsprozessen Vielfachstrukturen mit hohen Kosten auf, die das Ergebnis der genannten Interessenkonstellation zwischen Insidern und Politikern sind. Dies bezieht sich unter anderem auf die große Zahl von Fernseh- und Hörfunkprogrammen und auf sonstige Aktivitäten, die nicht mit dem Auftrag des öffentlichen Rundfunks zu begründen sind.¹⁰

Die große Zahl von Rundfunkanstalten¹¹ mit zum Teil ihrerseits mehreren Landesrundfunkanstalten entstammen der politischen Lage der 50er- und 60er-Jahre, als die Existenz

¹⁰ Dies gilt insbesondere für die positionalen und damit teuren Fernsehrechte für Top-Sportveranstaltungen und Unterhaltungs-Stars. Es gilt auch für einige grundsätzlich meritorisch begründbare z.B. kulturelle Aktivitäten, die nur das „falsche Budget“ belasten. Selbst wenn man als Kulturkonsument die Orchester o.ä. der öffentlich-rechtlichen Anstalten schätzt, gehört deren Unterhaltung dennoch nicht zum Programmauftrag, der aus Rundfunkbeiträgen zu bezahlen ist. Solche Kosten sollten von den staatlichen Kulturbudgets der Länder und des Bundes aus allgemeinen Steuermitteln getragen werden.

¹¹ Von Rundfunkanstalten wie ZDF, NDR, WDR, BR, HR, RBB, MDR, SWR bis zu solchen schon jetzt wirtschaftlich nicht lebensfähigen Minianstalten wie Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk.

bundesweiter Medienmärkte noch nicht als relevantes Kriterium galt, sondern die mediale Länderkompetenz im Vordergrund stand. Aufrechterhalten (und zum Teil noch ausgebaut) wurde dies durch die parteipolitische Interessen einzelner Ministerpräsidenten. Im Ergebnis entstanden dadurch ineffiziente Organisations- und Produktions-Strukturen mit bürokratischen Prozessen und Positionen -- und vor allem mit deutlich überhöhten Kosten. Dies verlangt heute nach externen, unabhängigen Wirtschaftlichkeitsanalysen.

Zahlreiche Aufgaben im technischen, administrativen und kaufmännischen Bereich könnten weit effizienter gestaltet werden, wenn sie in eigene operative Einheiten ausgegliedert und diese dann als Dienstleister für die Programmveranstalter tätig werden. Sie sollten in einem internen und externen Wettbewerb stehen, um für eine effiziente Leistungserbringung und für Innovationen zu sorgen.

Die Programme sollen sich an einem Programmauftrag auf der normativen Basis von Meritorik und publizistischer Vielfalt orientieren. Sie sollen ausschließlich aus Rundfunkbeiträgen finanziert werden und keine Werbung enthalten. Alle Einwohner und weitere Organisationen wie bisher zu den Rundfunkbeiträgen heranzuziehen, wäre zwar einfach und pauschal, aber ökonomisch wenig überzeugend, da viele Bürger diese Programme gar nicht konsumieren.¹²

Ökonomisch deutlich vernünftiger wäre es, wenn sie nur von den Bürgern und anderen Nutzern finanziert werden, die diese Programme tatsächlich konsumieren oder für ihre Kunden oder Mitarbeiter anbieten. Dies setzt voraus, dass die tatsächlich vorhandene technische Infrastruktur es ermöglicht, Nichtzahler vom Konsum auszuschließen.

Die einzelnen öffentlichen Programme sollten sich von ihrer programmlichen und journalistischen Ausrichtung nicht nur von den privaten Angeboten, sondern auch voneinander deutlich unterscheiden. Dies setzt voraus, dass die Programmentscheidungen weitgehend unabhängig voneinander getroffen werden und nicht einer gemeinsamen unternehmerischen Führung unterliegen.¹³ Es erfordert außerdem eine dezentrale Personalhoheit für alle programmlichen und journalistischen Funktionen.

Die Zuteilung der Finanzmittel auf die einzelnen Programme erfolgt nicht primär nach Einschaltquoten, sondern vor allem nach qualitativen Merkmalen, die von einer Vielzahl von externen Beobachtern bewertet werden. Für die Rekrutierung von externen Bewertern wird auf eine größtmögliche Heterogenität hinsichtlich aller einschlägigen relevanten Kriterien geachtet, vor allem auf meritorische Vielfalt und Meinungspluralität.

Die öffentlichen Programme könnten in der Rechtsform einer Genossenschaft geführt werden, wobei jeder Beitragszahler ein Genosse ist. Das einschlägige Prinzip des „one Genosse, one vote“ betont den egalitären, eher politischen als kapitalistischen Charakter und schützt die Unternehmen vor unerwünschten Übernahmen. Gleichzeitig verhindert es nicht das wirtschaftlich rationale Verhalten auf den relevanten Input- und Output-Märkten.

Das oberste Entscheidungsgremium besteht aus einer „Generalversammlung“, das quasi ein Parlament der Beitragszahler der öffentlichen Programme darstellt. Dieses erhält einen regional untergliederten Unterbau, um der regionalen Heterogenität Rechnung zu tragen und um die

¹² Dies betrifft nicht nur die Zuschauer von werbefinanzierten Fernsehprogrammen. Viele Bürger sehen Spielfilme heute über Pay-TV oder Streaming-Dienste und informieren sich über die einschlägigen Webseiten im Internet.

¹³ Auf der Ebene der Programmveranstalter sollte man jegliche Konzentration und Monopolisierung vermeiden. Eine Fusion von ARD und ZDF, wie sie kürzlich vorgeschlagen wurde, ginge in die falsche Richtung.

Nähe zu den Zuschauern zu verstärken. Die Generalversammlung wählt die operativen und die Aufsichtsgremien. Die programmlichen Entscheidungen werden von programm-spezifischen Ausschüssen getroffen, die aus Personen bestehen, die diese Programme tatsächlich konsumieren und die von der Generalversammlung gewählt werden.

Die Kontrolle und Sicherstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen und sonstigen prozeduralen Regelungen und inhaltlichen Vorgaben erfolgt durch eine staatliche Medien-Regulierungsbehörde, die für öffentliche ebenso wie für private Anbieter zuständig ist und für faire Wettbewerbsbedingungen sorgt.